

# Der Enzthäler.

Anzeiger und Unterhaltungsblatt für das Enzthal und dessen Umgegend.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

57. Jahrgang.

Nr. 9.

Neuenbürg, Mittwoch den 18. Januar

1899.

Erscheint Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. — Preis vierteljährlich 1 M 10 J., monatlich 40 J.; durch die Post bezogen im Oberamtsbezirk vierteljährlich 1 M 25, monatlich 45 J., außerhalb des Bezirks vierteljährlich 1 M 45. — Einrückungspreis für die einpaltige Zeile oder deren Raum 10 J., für ausw. Inserate 12 J.

### Amthches.

Neuenbürg.

### An die Ortsvorsteher.

Von der Verwaltungskommission der Zentralkasse zur Förderung des Feuerlöschwesens in Stuttgart sind dem Oberamt eine Anzahl von Formularen zugegangen, welche bei Unterstützungsgesuchen der im Feuerwehrdienst verunglückten oder erkrankten Feuerwehrmänner künftig zur Verwendung zu kommen haben.

Die Ortsvorsteher werden angewiesen, sich im Bedarfsfall wegen Uebersendung der Formulare an das Oberamt zu wenden.

Den 18. Januar 1899.

K. Oberamt.  
Pfleiderer.

### Bekanntmachung.

Im Mai, spätestens Juni ds. Js. wird eine neue Ausgabe des Hof- und Staatshandbuchs des Königreichs Württemberg vom Kgl. Statistischen Landesamt veranstaltet werden und wird das gebundene Exemplar, welches wie im Vorjahr in vereinfachter und gekürzter Form im Umfang von etwa 35 Druckbogen erscheinen wird, denjenigen Personen zum ermäßigten Preis von 1 M 20 J abgegeben, welche dasselbe jetzt schon bestellen. Etwaige Bestellungen wollen in thunlichster Bälde bei den betreffenden Ortsvorstehern schriftlich angebracht werden.

Neuenbürg, den 17. Januar 1899.

K. Oberamt.  
Pfleiderer.

Neuenbürg.

### Bekanntmachung

#### Maul- und Klauenseuche betreffend.

Mit Rücksicht auf die Gefahr der weiteren Verbreitung der Maul- und Klauenseuche in Unterniebelbach ist durch Beschluß vom Heutigen die gemeinschaftliche Benutzung der Brunnen und Tränken für Wiederläuter und Schweine innerhalb des Orts Unterniebelbach verboten worden.

Dies wird mit dem Anfügen veröffentlicht, daß die Zuwiderhandlung gegen die ergangenen Schutzmaßregeln und die Verheimlichung von Seuchenausbrüchen nicht nur strenge Bestrafung, sondern auch den Verlust der Entschädigung für an der Seuche gefallenes Rindvieh nach sich ziehen.

Den 17. Januar 1899.

K. Oberamt.  
Göbel, stv. Amtm.

### Oberamt Neuenbürg.

Die Gemeinden des Oberamtsbezirks werden hiemit benachrichtigt, daß die Staatsstraßen von Wildbad nach Schönegrund, zwischen Wildbad und Mittelenzthal

etwa in der Zeit vom 5. April bis 25. Mai,

von Etlingen nach Herrenalb, zwischen der Landesgrenze beim Sternhäusle und Kilometer 2

etwa in der Zeit vom 27. Mai bis 17. Juni

und von Pforzheim nach Wildbad, zwischen der Landesgrenze bei Birkenfeld bis gegen das Schwarzloch

etwa in der Zeit vom 19. Juni bis 2. August d. J.

mit der Dampfstraßenwalze eingewalzt werden sollen und daß die Walze, soweit es ohne Störung der Arbeiten an den Staatsstraßen möglich ist, zum Einwalzen von Eiterstaatsstraßen, von anderen wichtigen Ortsstraßen und von Nachbarschaftsstraßen in der Nähe des zu bewalzenden Staatsstraßenzugs gegen Ersatz der Selbstkosten mietweise abgegeben werden wird. Gemeinden, welche die Walze zu benutzen wünschen, haben ihre Gesuche unter Angabe der Länge der Straße und der ungefähren Menge des einzuwalzenden Geschlags innerhalb 14 Tagen bei der unterzeichneten Stelle einzureichen.

Später einkommende Gesuche können nicht mehr berücksichtigt werden. Von der Möglichkeit und der Zeit der Abgabe der Walze wird jede Gemeinde benachrichtigt werden, sobald der Walzenbetriebsplan festgestellt sein wird.

Calw, den 16. Januar 1899.

K. Straßenbau-Inspektion.  
Schad.

Revier Stammheim.

### Submissionsverkauf von Nadelholz-Stammholz.

Aus Staatswald, Dickemertwald, Abt. Waldacker, Schleißberg, Kohlplatte, Baiersbach und Stammheimermark: Abt. Kastanienweg und Dreispitz: Langholz 2337 Stämme mit Fm.: 429 I., 373 II., 255 III., 322 IV., 216 V. Kl. Sägholz 50 Stämme mit Fm.: 46 I., 7 II., 8 III. Klasse.

Die Stämme V. Kl. sind nicht entrindet.

Das Ausschußholz ist zum vollen Revierpreis ange schlagen.

Die Gebote, in ganzen und Zehntelprozenten der Revierpreise ausgedrückt, sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen beim Revieramt einzureichen.

Ihre Eröffnung findet statt,

Montag den 30. Januar, vormittags 9 Uhr im Gasthof zum Waldhorn in Calw.

Registerauszüge, Losverzeichnisse und Offertformulare sind vom Revieramt zu verlangen.

Revier Wildbad.

### Stangen-, Brennholz- und Reisprügel-Verkauf

am Donnerstag den 26. Januar d. Js., mittags 12 Uhr auf dem Rathaus in Wildbad aus Abt. II 84 Hinterer Gütersberg:

Bauslangen 71 I., 189 II., 96 III., 15 IV. Kl., Hagstangen 1 I., 57 II., 205 III., 58 IV. Kl., Hopfenstangen 122 I., 321 II., 82 III., 29 IV., 67 V. Kl., Rebstecken 165 I. 25 II. Kl.;

ferner aus Abt. II 84 Hint. Gütersberg und II 114 Unt. Baurenberg:

Rm.: 1 tannene Spalter, 100 buch. Prügel (gerepelt), 41 eichene, 10 buchene, 9 birchene, 129 Nadelholz-Ausschüßscheiter u. Prügel; 23 eich., 3 buch., 197 Nadelholz-Anbruch und Abfallholz; 40 buchene (im Gütersberg) und 71 Nadelholz-Reisprügel (im unt. Baurenberg).

Unter den Stangen, welche zuerst zum Verkauf kommen sind ca. 78 % Fichten.

Revier Herrenalb.

### Stangen-Verkauf.

Am Samstag den 28. Januar 1899, vormittags 10 Uhr auf dem Rathaus in Herrenalb aus Staatswald Untere Räuhe, Oberer Brenntentwald, Schwente, Winterhalde, Unt. Rotherrain:

Bauslangen 274 I., 467 II., 330 III. Kl., Hagstangen 108 I., 375 II., 809 III., 365 IV. Kl., Hopfenstangen 865 I., 2500 II., 175 III., 855 IV., 3170 V. Kl., Rebstecken 9975 I., 7050 II. Kl., Bohnenstecken 5675 Stück.

Hievon sind 1/2 Tannen, 1/2 Fichten.

Engelsbrand.

### Liegenschafts-Verkauf.

Auf Anordnung des K. Amtsgerichts Neuenbürg vom 24. Novbr. v. Js. und in Folge Beschlusses des Gemeinderats Engelsbrand als Vollstreckungsbehörde vom 13. d. Mis. kommt die in Nummer 198 ds. Blattes näher beschriebene Liegenschaft der Johann Georg Federmann, Schmieds Eheleute hier, am

Donnerstag den 23. Februar d. Js., morgens 9 Uhr auf dem Rathaus in Engelsbrand im 1. Verkaufstermin im öffentlichen Aufstreich zum Verkauf.

Zum Verwalter der Liegenschaft wurde Gemeinderat Speer bestellt. Die Verkaufskommission besteht aus dem Unterzeichneten und dem Schultheißen Schaible.

Auswärtige der Verkaufskommission unbekannt Kaufsliebhaber und deren Bürgen haben sich mit obrigkeitlichen Vermögens-Zeugnissen neuesten Datums zu versehen.

Neuenbürg, den 16. Januar 1899.

Für die Vollstreckungs-Behörde Engelsbrand  
der Hilfsbeamte  
Gerichtsnotar Gajmann.



Schwann.

### Liegenschafts-Verkauf.

Auf Anordnung des R. Amtsgerichts Neuenbürg vom 20. Dezbr. v. J. und infolge Beschlusses des Gemeinderats Schwann als Vollstreckungs-Behörde vom 9. d. Mts. kommt die hienach beschriebene Liegenschaft des **Gottfried Schwarz**, Zimmermanns hier im 1. Verkaufstermin am

**Freitag den 17. Februar d. J., vormittags 9 Uhr** auf dem Rathaus in Schwann im öffentlichen Aufstreich zum Verkauf und zwar:

#### Gebäude:

Haus Nr. 113, 5 ar 26 qm Wohnhaus, Scheuer und Hofraum oben im Dorf am Conweiler Weg.

#### Gärten:

Parz. Nr. 157, 41 qm Gemüsegarten dafelbst. Gesamt-Anschlag 8500 M.

#### Acker:

P. Nr. 1072/2, 9 ar 08 qm Acker ob dem Marktweg. Anschlag 300 M.

P. Nr. 1080, 13 ar 57 qm } Acker dafelbst.  
" " 1101, 11 " 88 " } Anschlag 850 M.

P. Nr. 1061/1, 15 ar 80 qm Acker dafelbst. Anschlag 500 M.

P. Nr. 1114, 40 ar 60 qm Acker und Fußpfad dafelbst. Anschlag 1400 M.

#### Wiesen:

P. Nr. 861, 15 ar 58 qm } Wiese auf der Preiß.  
" " 862, 7 " 69 " } Anschlag 1000 M.

Zum Verwalter der Liegenschaft wurde Gemeinderat **Faak** bestellt. Die Verkaufskommission besteht aus dem Unterzeichneten und **Schult-Heiß Seuffer**.

Auswärtige, der Verkaufskommission unbekannt Kaufs Liebhaber und deren Bürgen haben sich mit obrigkeitlichen Vermögenszeugnissen neuesten Datums zu versehen.

Neuenbürg, den 17. Januar 1899.

Für die Vollstreckungsbehörde Schwann  
der Hilfsbeamte  
Gerichtsnotar **Gahmann**.

Stadt Wildbad

### Bekanntmachung.

Von dem im Enzhäler Nr. 5 wiederholten Stammholzverkauf auf **Samstag den 21. Januar 1899, vormittags 11 Uhr** kommen noch zum Verkauf:

Aus Linie Ndt. 12 Pflanzgarten:  
Los 16, Nr. 323/494

22 St. Ausschlußholz m. 42,89 Fm.,  
Los 17 Nr. 5/499

42 Stück dto. mit 51,49 Fm.  
Die weiteren Lose sind inzwischen bezahlt worden.

Den 17. Januar 1899.

Stadtpflege.

Kometich.

### Privat-Anzeigen.

Neuenbürg.

Jeden Freitag empfiehlt frische **Dampfnudeln**

R. Hagmayer.

Obernhausen.

Ein Schirm

wurde gefunden von **Friedrich Wolfinger.**

### Evangelischer Bund.

Die Versammlung des Bezirksvereins findet am **Sonntag den 22. d. Mts., nachmittags 2 1/2 Uhr**

in der Sonne in Neuenbürg statt.

Außer den geschäftlichen Mitteilungen wird von einem Augenzeugen über die Fahrt nach Jerusalem und die Einweihung der Erlöserkirche dafelbst in zwangloser Weise berichtet werden.

Hiezu ladet die Mitglieder und Freunde des Evang. Bundes mit ihren Familien freundlich ein

im Namen des Vorstands  
Graf Ugtull.

Schwarzloch.

Sege meinen

### Acker

wegen Wegzugs dem Verkauf oder Pacht aus. Ferner verkaufe gegen bar:

**1 Kasten, 1 Bettlädchen,**

**1 Mehltrog, 1 Uhr, 1 Tisch,**

**2 Fessel u. s. w.**

Liebhaber sind höflichst eingeladen.

**Christian Bauer.**

Pforzheim.

### Lehrlinge

und

### Lehrmädchen

fürs Ketten- u. Bijouteriefach werden angenommen.

Gh. Gfig, Nagoldstr. 21 a.

### Viederfranz & Neuenbürg.

Die anberaumte Generalversammlung findet nicht statt.

Donnerstag präzis 8 Uhr

### Singstunde,

wozu pünktliches und vollzähliges Erscheinen erwartet wird.

Deutsches

Die Reichstags-  
neuen Jahr haben  
Regierung angelassen.  
pellationsdebatte über  
ist durchaus im Sim-  
regierung vertretenen  
Frage verlaufen und n-  
tägige Generaldebatte  
Heeresgesetz anber-  
daß letzteres zweifellos  
Annahme gelangen wir  
mit einigen Abänderun-  
gierungsseitig allen An-  
tagssession mit Zuversich-  
Hauptrolle in der zwei-  
über die Heeresvorlag-  
zweijährigen Dienstzeit,  
aus dem Hause berück-  
sichtigt durch den preuß.  
Gosler behandelt wurde  
die Stellungnahme der  
dahin, daß die bisherig-  
zweijährigen Dienstzeit  
um schon ein abschließ-  
militärische Neuerung  
selbe wird auch fernerh  
vorjorum bestehen bleibe  
als ausgeschlossen gelter-  
gebender Berliner Stelle  
Festlegung der zweijäh-  
wird. Daneben wurde  
des Jaren vielfach gest-  
hiebe die meisten Redne-  
Kriegsminister that, nu-  
diesem Schritte auszudr-  
tische Wirkungen jedoc-  
Im übrigen hängt also  
Militärvorlage einseitig  
Kommissionsverhandlung  
der zu überwindenden  
genug darbieten werden  
sollte im Reichstage der  
partei auf Aufhebung  
Berhandlung kommen,  
verschoben worden.  
Dem Bundesrat  
nach in den nächsten  
über den Schutz der  
gewerbe zugehen. Es  
Entwurf u. A. eine M-  
Angehörigen der genan-  
und die Frage des La-  
Umfange berühre.  
Der neue preuß.  
Montag Vormittag 11  
König mittels Thron-  
worden. Dieselbe bez-  
Preußens als eine fortd-  
tont, daß infolge der auch  
jahr zu erwartenden be-  
namentlich die erforderli-  
Aussicht genommene Neu-  
verhältnisse verschiedener  
unterbeamten bereitgestell-  
Thronrede verheißt dar-  
anderweitige Gestaltung  
versorgung der Volksschu-  
liche Regelung der Anst-  
der Gemeindebeamten, ul-  
staltung der preussische  
über die fernere Abänder-  
rechts, über die Regelung  
steuerung der Waarenh-  
neuer Staatsbahnlinsen,  
Schiffahrtskanälen vom  
einerseits nach dem Rhei-  
Wejer und Elbe, sowie  
führung des Bürgerlichen  
hemit zusammenhängend  
Thronrede versichert, da-  
Königs auch fernerhin er-  
Landwirtschaft bedacht  
auch hinsichtlich der Bekän-  
gefahren. Die Rede bet-  
und Gesetzgebung würden  
und wirtschaftlichen Tag-  
Einrichtungen im Interesse  
lassen sichern und aus

# Inventur-Ausverkauf!

Die von unserem Vorgänger übernommenen **Warenvorräte**, als:

**Tuch, Buckin, Paletotstoffe, Damenkleiderstoffe,  
Besatzstoffe, schwarze u. farb. Seidenstoffe, Samme etc.**

## Ausstener-Artikel,

als: **Leinen, Halbleinen, Handtücher, weiße u. farbige  
Damaste, Gardinen, Hemdentuch, Taschentücher, Drell  
und Bettbarchente, Kölsch, Bettsfedern etc.**

werden infolge überaus **günstiger Uebernahme zu spottbilligen Preisen** abgegeben und ist daher unserer **verehrten Kundschaft** Gelegenheit geboten, ihren Bedarf in obigen Artikeln in **sehr vorteilhafter Weise** zu decken.

Schachtungsvoll

## W. Henkel Nachfolger, Pforzheim.

Inhaber: Kraft & Salé.



Deutsches Reich.

Die Reichstags-Verhandlungen im neuen Jahr haben sich günstig genug für die Regierung angelassen. Die zweitägige Interpellationsdebatte über die behauptete Fleischnot ist durchaus im Sinne des von der Reichsregierung vertretenen Standpunktes in dieser Frage verlaufen und was die nachgefolgte zweitägige Generaldebatte über das neue Heeresgesetz anbelangt, so hat sie gezeigt, daß letzteres zweifellos mit großer Mehrheit zur Annahme gelangen wird, wenn vermuthlich auch mit einigen Abänderungen. Man hat daher regierungstreu allen Anlaß, der weiteren Reichstagsession mit Zuversicht entgegenzusehen. Eine Hauptrolle in der zweitägigen Generaldiskussion über die Heeresvorlage spielte die Frage der zweijährigen Dienstzeit, die von fast allen Rednern aus dem Hause berührt und auch regierungsseitig durch den preussischen Kriegsminister von Gögler behandelt wurde. Letzterer kennzeichnete die Stellungnahme der Regierung zu dieser Frage dahin, daß die bisherigen Erfahrungen mit der zweijährigen Dienstzeit noch zu ungenügend seien, um schon ein abschließendes Urtheil über diese militärische Neuerung fällen zu können. Diefelbe wird auch fernerhin als ein bloßes Provisorium bestehen bleiben und muß es demnach als ausgemacht gelten, daß man sich an maßgebender Berliner Stelle jetzt zu einer gesetzlichen Festlegung der zweijährigen Dienstzeit verstehen wird. Daneben wurde der Abrüstungsvorschlag des Jaren vielfach gestreift, doch begnügten sich hierbei die meisten Redner damit, wie es auch der Kriegsminister that, nur ihre Sympathien mit diesem Schritte auszudrücken, dessen etwaige praktische Wirkungen jedoch unberührt zu lassen. Im übrigen hängt also das Schicksal der neuen Militärvorlage einstweilen vom Verlaufe der Kommissionsverhandlungen hierüber ab, welche der zu überwindenden Schwierigkeiten zweifellos genug darbieten werden. An diesem Mittwoch sollte im Reichstage der Antrag der Zentrums-Partei auf Aufhebung des Jesuitengesetzes zur Verhandlung kommen, doch ist derselbe zunächst verschoben worden.

Dem Bundesrat wird dem Vernehmen nach in den nächsten Tagen ein Gesetzentwurf über den Schutz der Angestellten im Handelsgewerbe zugehen. Es wird versichert, daß der Entwurf u. A. eine Minimal-Ruhezeit für die Angehörigen der genannten Kategorie vorsehe und die Frage des Ladenschlusses in gewissem Umfange berühre.

Der neue preussische Landtag ist am Montag Vormittag 11 Uhr vom Kaiser und König mittels Thronrede feierlich eröffnet worden. Diefelbe bezeichnet die Finanzlage Preussens als eine fortwährend günstige und betont, daß infolge der auch für das neue Rechnungsjahr zu erwartenden beträchtlichen Ueberschüsse namentlich die erforderlichen Mittel für die in Aussicht genommene Neuregelung der Gehaltsverhältnisse verschiedener Klassen von Staatsmitarbeitern bereitgestellt werden könnten. Die Thronrede verheißt dann Vorlagen über die anderweitige Gestaltung der Wittwen- und Waisenversorgung der Volksschullehrer, über die gesetzliche Regelung der Anstellung und Versorgung der Gemeindebeamten, über die weitere Ausgestaltung der preussischen Medizinalverfassung, über die fernere Abänderung des Gemeindevahlrechts, über die Regelung der kommunalen Besteuerung der Baarenhäuser, über den Bau neuer Staatsbahnlinsen, über den Bau von Schiffahrtskanälen vom Dortmund-Ems-Kanal einerseits nach dem Rhein, andererseits nach der Weiser und Elbe, sowie endlich über die Ausführung des Bürgerlichen Gesetzbuches und der hiezu zusammenhängenden Reichsgesetze. Die Thronrede versichert, daß die Regierung des Königs auch fernerhin ersichtlich auf Hebung der Landwirtschaft bedacht sein werde, besonders auch hinsichtlich der Bekämpfung der Hochwasser-gefahren. Die Rede betont weiter, Verwaltung und Gesetzgebung würden unbeeinträchtigt vom politischen und wirtschaftlichen Tagesstreit die staatlichen Einrichtungen im Interesse aller Bevölkerungsklassen sichern und ausbauen, bezeichnet die

Grundlagen des Staats- und Volkslebens in Preußen als gesunde, meist auf die wachsende Entfaltung der geistigen und sittlichen Kräfte des Volkes und die steigende wirtschaftliche Entwicklung des Landes hin und erklärt schließlich, daß der König mit Zuversicht in die Zukunft blicke. — Von besonderem Interesse in der Thronrede ist die Ankündigung einer Sonderbesteuerung der großen Warenhäuser. Die betr. Stelle der Thronrede lautet: „Die Kommunalbesteuerung der in neuerer Zeit entstandenen großen Warenhäuser entspricht nicht ihrer Bedeutung und Stellung im gewerblichen Verkehr: sie bedarf einer besonderen Regelung, welche die gerechtere Heranziehung dieser Betriebe sichert und dadurch zugleich den kleineren Gewerbetreibenden in dem Wettbewerb einen wirksamen Schutz gewährt. Ein bezügl. Gesetzentwurf wird Ihnen voraussichtlich noch in dieser Tagung vorgelegt werden.“ — (In Württemberg ist man noch lange nicht so weit, denn Staatsminister v. Bischoff hat sich kürzlich als Beschützer der Warenhäuser gezeigt).

Aus der Pfalz, 15. Jan. Ein grauenvoller Mord ist in Koblenz verübt worden. Die 82 Jahre alte Frau Dilly von Koblenz wurde von ihrer eigenen Schwiegertochter ermordet. Die Mörderin hat die alte Frau zunächst mit einem Stück Holz niedergeschlagen, sie dann betäubt und mit einem Strid erdroffelt. Hierauf legte die Mörderin die Leiche auf den kalten Ofen und zündete die Kleider an, nachdem sie vorher Hobbelpähne und Stroh über die Leiche geworfen und die Kleider derselben mit Petroleum getränkt hatte. Durch den entsetzlichen Geruch wurde aber die Nachbarschaft zu früh aufmerksam gemacht, und die hinzueilenden Leute rissen den Leichnam vom Ofen. Die Ermordete lebte mit ihrem Sohn und ihrer Schwiegertochter in beständiger Feindschaft, und zwar soll die alte Frau fast stets die Schuld an den Zerwürfnissen gehabt haben.

Sigmaringen, 16. Jan. Heute Nacht ist die Donau in erschreckender Weise aus ihren Ufern getreten und gleicht das herrliche Donauthal einem wogenden See, durch welchen sich die Eisenbahnlinie wie ein schwarzer Streifen, stellenweise bis nahezu an das Bahnlager von schäumendem Wasser umspült, hindurchzieht. Die Eisenbahnbrücke in der Nähe der Station Inzigkofen ist zerstört. Diefelbe hängt buchstäblich in der Donau. Die Zugverbindung von hier nach Inzigkofen ist daher unmöglich. In vielen Häusern sind Keller, Souterrain und die ersten Stockwerke unter Wasser. Es wird eine Notbrücke hergestellt, damit wenigstens die Personenbeförderung auf der Straße wieder aufgenommen werden kann.

Württemberg.

Stuttgart. Die Steuerkommission der Abgeordneten-Kammer ist am Samstag in ihrer Beratung über das Einkommensteuergesetz noch zu keinem endgültigen Antrag gelangt. Seitens des Zentrums ist nach Mitteilung von Gröber ein Antrag zu erwarten, durch welchen die in der Budgetfrage noch bestehende Klippe (Art. 17, Abs. 2) umgangen werden soll, und zwar dergestalt, daß statt des Abs. 2 der Bestimmung in der Budgetfrage nur eine periodische Geltungsdauer (ähnlich wie bei der Militärvorlage im Reichstag) verliehen werden soll. Damit würde die erste Kammer in die Möglichkeit versetzt, wenn sie die Einkommensteuer ungerechtfertigt emporgetrieben werden sollte, ihre Zustimmung für die nächste Periode zu verweigern. Finanzminister v. Zeyer begrüßte diesen Versuch, die Steuerreform zu retten. Bei der Abstimmung über Art. 17 Abs. 2 ergab sich Stimmengleichheit. Dasselbe Stimmenverhältnis herrschte in der Tarifffrage. Die eine Hälfte der Kommission stimmte für den Kommissionsantrag der ersten Kammer: die Progression auf 5% auszudehnen, aber erst von 200 000 M an, während die andere Hälfte auf dem früheren Beschluß des Abgeordnetenhauses beharrt: die Progression schon bei 100 000 M auf 5% zu steigern.

Stuttgart, 16. Januar. Die Zweite Kammer hat heute Abend wiederholt mit 72

gegen 11 Stimmen den Antrag abgelehnt, der Kammer der Standesherrn das Recht einzuräumen, daß bei etwaigen künftigen Erhöhungen der direkten Steuern diese als ein Gesetz behandelt werden sollen und demgemäß die Kammer der Standesherrn gleichberechtigt darüber entscheiden werde, welches Recht die Zweite Kammer bisher allein besaß. Infolge dieses Beschlusses ist die ganze Reform der direkten Steuern in Württemberg gescheitert.

Am Schlusse der Sitzung der Abgeordneten v. Montag den 16. erklärte Finanzminister v. Zeyer: Die Regierung, nicht bloß der Finanzminister, bedaure das Scheitern der Steuerreform aufs Tiefste. Er habe seine Pflicht, so gut er konnte, gethan. Zu bedauern sei nicht er, wie der Abg. Hausmann gesagt, sondern das Land, dem nun eine große Wohlthat nicht zu Teil werde. In beiden Häusern sei betont worden, daß sie keine Schuld an dem Scheitern tragen. Er wolle nicht untersuchen, wen die Schuld treffe. Dies würde jetzt zu nichts führen. Der Regierung sei jedenfalls eine derartige Schuld nicht beizumessen. Die Regierung habe die Steuerreform eingebracht im Sinne einer progressiven bzw. degressiven Einkommensteuer, sie habe bei verschiedenen Verbesserungsanträgen Entgegenkommen gezeigt, so weit als es überhaupt mit Rücksicht auf das öffentliche Wohl möglich gewesen sei. Er sei wegen seiner Nachgiebigkeit nicht hier, aber anderwärts mehrfach angegriffen worden. Die letzte vorliegende steuerrechtliche Differenz wäre voraussichtlich gleichfalls beigelegt worden. Das Gesetz scheitere aber an politischen, verfassungsrechtlichen Differenzen, die nicht mehr ausgeglichen werden können. Der Antagonismus zwischen 1. und 2. Kammer sei ein unlösbarer, und die Regierung könne jetzt keinen Vorschlag mehr machen. Die Antwort werde das Land geben, so wie die Konstellation gegenwärtig sei, und wenn sie so bleibe, sei er nicht in der Lage, wieder eine Einkommensteuer einzubringen. Er möge vorschlagen, was er wolle, an dieser Frage müsse jede progressive Einkommensteuer scheitern.

Stuttgart, 17. Jan. Der Landtag wurde heute durch den Ministerpräsidenten Herrn v. Wittmann geschlossen. Die nächste Session wird durch den König zu Beginn der nächsten Woche eröffnet werden.

Stuttgart, 17. Jan. Seine Majestät der König ist zu mehrtägigem Aufenthalt nach Potsdam abgereist.

Stuttgart, 15. Jan. Heute fand im großen Saal des Stadtgartens die Landesversammlung der deutschen Partei statt. Der Vorsitzende begrüßte die erschienenen Parteigenossen, indem er seine Freude über den zahlreichen Besuch der heutigen Versammlung aussprach. Er bezeichnete es angesichts der gegenwärtigen politischen Lage als notwendig, die Parteigenossen stramm zu sammeln, um auf dem Plan zu sein, wenn es gelte. Nachdem der Vorsitzende noch denjenigen Parteigenossen gedankt, die sich als Kandidaten bei der letzten Reichstagswahl zur Verfügung gestellt hatten, sowie der im Laufe des Jahres verstorbenen Parteigenossen gedacht hatte, nahm der Parteigeschäftsführer, Prof. Wegger, das Wort, um den Geschäftsbericht pro 1898 zu erstatten. Er referierte eingehend über die Organisation und Presse, über die verfloffenen Reichstags- und Gemeindevahlen. Hienach ist sowohl hinsichtlich der Zahl der Ortsvereine als auch derjenigen der Mitglieder ein Zuwachs zu verzeichnen. An manchen Orten sind lokale Organisationen neu gegründet, an anderen Orten sind solche angebaut. Den Bund der Landwirte ernannte Redner, sich von extremen Forderungen freizuhalten. Im übrigen sei die deutsche Partei immer für die Förderung der Landwirtschaft eingetreten. Auf dem nationalliberalen Parteitag der Pfalz sei mit Recht betont worden, man könne ein Mitglied des Bundes der Landwirte sein und doch nationalliberal bis in die Knochen. Alles in allem habe die deutsche Partei keinen Grund zum Verzagen, aber noch weniger Grund, auf dem bis jetzt Erreichten einzuschlafen. Eine rege Mitarbeit aller Parteigenossen werde die Ziele der Partei auch im Jahre 1899 noch

Verlauf oder  
kaufe gegen bar:  
Kleinfäden,  
1 Tsch,  
s. w.  
sichst eingeladen.  
an Bauer.  
e im.  
unge  
den  
teriefach werden  
goldstr. 21 a.  
Neuenbürg.  
Generalversamm  
att.  
is 8 Uhr  
nde,  
id volljähriges  
wird.  
1/2 Uhr  
m Augenzeugen  
er Erlöserkirche  
g. Bundes mit  
es Vorstands  
Kfull.  
etc.  
bige  
rell  
unserer  
Weise



mehr fördern. (Beifall). Der Vorsitzende Dr. Schall dankt hierauf dem Geschäftsführer für seine rege Thätigkeit und forderte zur weitergehenden finanziellen Unterstützung der Partei seitens der Mitglieder auf. Nachdem die Neuwahl des engeren Landesauschusses erfolgt, erstattete Landtagsabg. v. Geß Bericht über den Stand der Landtagsarbeiten. Die Verhandlungen über die Verfassungsreform, das Gesetz betr. die Abschaffung der Lebenslänglichkeit der Ortsvorsteher und der Steuerreform seien bekannt, er könne sich deshalb darauf beschränken, die wichtigsten Gesichtspunkte in das Gedächtnis zurückzurufen. Nach der Meinung des Redners hätte die I. Kammer darauf verzichtet, auf ihrer Forderung hinsichtlich des Budgetrechts zu bestehen und die Reform angenommen, wenn dieselbe nicht schon in der II. Kammer vom Zentrum zu Fall gebracht worden wäre. Nach kurzem Bericht über die Ablehnung des Ortsvorstehergesetzes und näheren Erläuterung über den Stand der Steuerreform, die, wenn irgend möglich noch getretet werden sollte, besprach Redner noch kurz das Einführungsgezet zum bürgerlichen Gesetzbuch. Auch künftig werde die Kammerfraktion eingreifen und in Uebereinstimmung mit der Partei im Lande für das Wohl des Vaterlandes eintreten. (Lebhafte Beifall). Dr. Schall dankt dem Redner, konstatierte das Einverständnis der Gesamtpartei mit der Partei im Landtage (Beifall) und sprach sein Bedauern darüber aus, daß die größten Arbeiten des Landtages vergeblich gewesen seien. Die mit so großem Geschrei seitens der Volkspartei angekündigten Gesetzgebungsreformen seien sämtlich gescheitert. Die Steuerreform — das sei von allen Seiten anerkannt — müsse sofort wiederkommen, wenn sie jetzt falle. Auch das Ortsvorstehergesetz werde in verbesserter Form verbunden mit einem organischen Neubau der Gemeinden notwendig wiederkommen. Die Bestrebungen hinsichtlich der Verfassungsreform werden wohl auf einige Zeit ruhen müssen. Solange die I. Kammer und das Zentrum ihre Ansicht nicht geändert haben, sei die Sache aussichtslos. Reichstagsabg. Prof. Hieber berichtet sodann über die Lage im Reich. Das Wort „Reichsverdroffenheit“ sei in letzter Zeit sehr häufig gebraucht worden, insbesondere bei der Volkspartei. Das sei aber bei derselben nicht neu, sondern seit 1871 so gewesen und verdiene keine Beachtung. Bedauerlich sei, daß die Thronrede des Todes Bismarck's nicht gedacht habe. Die Festsetzung Deutschlands in China sei zu begrüßen, die Militärgerichtsordnung bedeute einen Fortschritt und die Palästinareise habe auch zweifellos dem deutschen Namen und Handel genügt. Redner bespricht sodann das Zusammengehen von Amerika und England, den Zusammenbruch Spaniens, das freundliche Verhältnis Deutschlands zu England, die Lage in Oesterreich. Man siehe vielleicht vor einer Neugestaltung der europäischen Bundesverhältnisse. Die auswärtige Politik sei den Bismarck'schen Traditionen gefolgt, wenn auch zu wünschen wäre, daß ihre Ziele der Volksvertretung mehr enthielt würden. Daß man auf die Kolonien jetzt noch Geld verwenden müsse, sei selbstverständlich, man müsse dort wirtschaftliche Unternehmungen fördern. Die Ausweisungen in Nordschleswig seien notwendig, die dänische Agitation sei geradezu maßlos gewesen. Der Bedarf an Volksauswiegern könne im Inland gedeckt werden, da brauche man keine Dänen dazu (Heiterkeit). Das Vorgehen gegen Delbrück sei zu bedauern. Die Lippe'sche Angelegenheit hätte unter Bismarck keine solche Ausdehnung angenommen. Redner giebt sodann eine Uebersicht über den Reichshaushaltetat. Die Militärvorlage diene einem planmäßigen organisatorischen Ausbau und sei im Großen Ganzen zu billigen. Die 2jährige Dienstzeit müsse bleiben. Bedauerlich sei, daß nicht sämtlichen erwerbsunfähigen, bedürftigen Veteranen die bekannte Summe von 120 L. M. verwilligt worden sei. Die Regierung müsse hier endlich einmal dem einstimmigen Wunsche des Reichstages nachgeben. Die Sozialpolitik sei mehr als jeher zu fördern, das Koalitionsrecht der Arbeiter dürfe nicht beschränkt werden. Schließlich bespricht Redner noch die Stellung

und das Verhältnis der Reichstagsparteien unter sich. Die Jesuiten dürfen niemals im deutschen Reich zugelassen werden. In Sachen der Fleischnot haben, wie allseitig anerkannt werde, die Freisinnigen eine erhebliche Niederlage erlitten. Der Bund der Landwirte habe hier einen Sieg errungen. Die inländische Viehzucht werde in den Stand kommen, den Fleischmarkt in Deutschland zu versorgen. Den gemäßigten Forderungen der württembergischen Abteilung des Bundes der Landwirte könne überhaupt zugestimmt werden (Beifall), das Vaterland, nicht die Partei müsse das Leitwort bilden. (Lebhafte Beifall). Der Vorsitzende dankt dem Berichterstatter, gab das Ergebnis der Ausschufwahl bekannt und schloß hierauf die Versammlung.

Stuttgart, 16. Jan. Am Samstag und Sonntag den 14. und 15. ds., waren die Gau-turnwarte des XI. Turnkreises (Schwaben und Hohenjollern) hier versammelt, um unter der persönlichen Leitung des Kreisturnwarts, Prof. Kessler, die allgemeinen Eisenstübungen, die für das im Sommer dieses Jahres in Cannstatt abzuhaltende Kreisturnfest in Aussicht genommen sind, sowie einige andere zeitgemäße Uebungen durchzuführen.

Cannstatt, 15. Jan. Einer Anregung des Gewerbevereins folgend hat nun der hiesige Gemeinderat beschlossen, städtische Arbeiten insbesondere Bauarbeiten nicht mehr im Submissionsverfahren zu vergeben, sofern der Voranschlag 500 M. nicht übersteigt. Diese Geschäfte sollen nunmehr künftig an hiesige lustragende Bewerber in einer durch das Los zu bestimmenden Reihenfolge vergeben werden. An der Festsetzung der Preise sollen vom Gewerbeverein delegierte Fachleute mitwirken haben.

Ehlingen, 16. Jan. Von Karlsruhe traf heute die Nachricht ein, daß sich in vergangener Nacht ein Liebespaar, welches in Karlsruhe im Dienst stand, aus bis jetzt unbekanntem Gründen, selbst den Tod gab. Die Unglücklichen sind beide von hier; er ist 24 Jahre und das Mädchen 22 Jahre alt.

Ulm, 17. Jan. Dem Brieftaubenverein Columba in Ulm ist vom preussischen Kriegsministerium für gute Flugleistungen seiner Tauben die broncene Staatsmedaille verliehen worden.

Oberndorf, 16. Jan. Vom hiesigen Gemeinderat wird die Stelle des Stadtschultheißen ausgeschrieben. Meldezeit bis 1. Februar. Gehalt 3000 M. nebst Dienstwohnung.

Calw. Jagdpächter Jak. Vörcher in Oberfollwangen teilte dem C. B. mit, daß er am 11. ds. 3 Rehböcke auf einen Schuß erlegte.

Stuttgart. Landeshauptstadt. Bericht vom 16. Januar von dem Vorstand Fritz Kreglinger. Die abgelaufene Woche brachte im Getreidegeschäft keine Aenderung. Die amerikan. Märkte zeigen für Weizen bebaute Preise und Argentinien ist mit Angebot noch zurückhaltend. Hier ist ruhiges Geschäft, die Landmärkte etwas matter. Der diesjährige Frühjahrsanfruchtmarkt findet am Montag den 6. Febr. d. J. statt. Käufer sind bis spätestens 4. Februar Vormittags an das Sekretariat der Börse einzusenden. — Wehlpreise pr. 100 Kilogr. inkl. Sad: Wehl Nr. 0: 31 M. — J bis 32 M. — J, Nr. 1: 29 M. — J bis 30 M. — J, Nr. 2: 27 M. 50 J bis 28 M. — J, Nr. 3: 26 M. — J bis 28 M. 50 J, Nr. 4: 24 M. — J bis 24 M. 50 J. Suppengries 31 M. 50 J. Kleie 8 M. 50 J.

**Ausland.**

Quebnay de Beaurepaire, der von seinem Amte zurückgetretene Senatspräsident beim Pariser Kassationshof, fährt in seinen Prehangriffen auf diesen höchsten Gerichtshof Frankreichs fort. Er hat im „Echo de Paris“ einen neuen Artikel veröffentlicht, in welchem er den Kassationshof auf Grund einer angeblichen Aeußerung des früheren Justizministers Sarrien abermals der Parteilichkeit in der Dreyfuß-Picquart-Affaire beschuldigt. Offenbar liegt System in dieser Methode Beaurepaire's, den Kassationshof vor dem Lande unaufrichtig zu verdächtigen. Unterdessen ist der Kassationshof in die angekündigte neue Untersuchung der Beaurepaire-Angelegenheit eingetreten; in derselben wird Esterhazy wahrscheinlich doch als Zeuge vernommen werden können, da ihm hierzu freies Geleit bewilligt werden soll.

Paris, 17. Jan. Der Anwalt Esterhazy, Cabanes, hat heute Nachmittag dem Generalstaatsanwalt mitgeteilt, daß Esterhazy nach Paris kommen und vor dem Kassationshof als Zeuge auftreten werde.

Aus Frankreich, 14. Jan. Der neue Scharfrichter, Herr Deibler Sohn, der seinem Vater im Amte nachgefolgt ist, führte heute in Troyes seine erste Hinrichtung aus. Der Verbrecher war der alte begüterte Bauer Damoiseau, der aus Habucht seinen Schwiegerjohn ermordet hatte.

Die alte Rheinbrücke in Basel, die nun laut Regierungsbeschlus durch eine neue, jedoch im gleichen Stiel zu bauende Brücke ersetzt werden soll, besteht seit dem Jahre 1225.

In Basel ist der Spirituosenhändler Adolf Kaufmann wegen Wechselfälschungen im Betrage von 300000 Fr. verhaftet worden.

Die schweizerische Blätter melden, haben sich südwestlich des Berner Oberlands bei Chateau d'Oruz ungewöhnlich große Schaaeren Zugvögel gezeigt, die ihren Weg „in der Richtung des Saonethales“ genommen hatten. Es scheint, als ob die Zugvögel bereits aus den Tropen zurückkehren.

Der Plan der Stadt Rom, durch den Quirinalhügel einen Tunnel zu bohren, um die Verkehrsverhältnisse der Stadt zu verbessern, wird in absehbarer Zeit veröffentlicht werden. Der Tunnel soll 16 Meter breit werden, und für Fußgänger, Wagen und einer elektrischen Straßenbahn dienen.

Ein russisch-afghanischer Bündnisvertrag soll nach englischen Meldungen abgeschlossen worden sein. Falls sich die Nachricht bewahrheiten sollte, dann wäre England mit einem Male in eine höchst ungünstige Stellung in Mittelasien gegenüber seinem russischen Nebenbuhler geraten.

Spanien will sich nun auch noch des letzten ihm gebliebenen släglichen Restes seiner Kolonialbesitzungen entledigen. Nach einer Madrider Meldung will Ministerpräsident Sagasta den Cortes bei ihrem bevorstehenden Zusammentritte das Geisuch vorlegen, die Marianen, Karolinen und die Palao-Inseln verkaufen zu dürfen, mit der Begründung, Spanien müßte sowohl 4000 Mann Truppen mehr und noch einige weitere Kriegsschiffe unterhalten. Nun, an Käufern wird es der spanischen Regierung bei diesem Kolonialausverkauf wohl nicht fehlen!

Die Filipinos wollen jetzt direkt mit den Spaniern verhandeln. Der Vertrauensmann Aguinaldos, Dr. Tunjon, trifft in den nächsten Tagen in Madrid ein, um mit der Regierung wegen der Auslieferung der spanischen Gefangenen zu unterhandeln. General Otis, der Kommandierende der Amerikaner, fragte bei General Rios an, ob die spanischen Truppen in Manila die Amerikaner, sobald diese angegriffen werden sollten, unterstützen würden. Der Ministerrat hat daraufhin beschlossen, daß die Spanier sich unbedingt neutral zu verhalten haben.

New-York, 11. Jan. In den östlichen Staaten herrscht eine außerordentliche Kälte. In New-York steht heute der Wärmemesser auf 9 Grad Fahrenheit über dem Nullpunkt. In dem gleichfalls im Staate New-York gelegenen Saratoga aber herrichte eine Kälte von 32 Grad unter Null und in Pittsburg und Pennsylvania hatten die Einwohner gar eine solche von 40 Grad unter Null auszuhalten. Viele Menschen sind erfroren, und die Sterblichkeit hat bedeutend zugenommen. In vielen Dörfern auf dem Lande mußten wegen der großen Kälte die Schulen geschlossen werden. Unter den Armen herrscht viel Elend. Die Niagarafälle haben von dem amerikanischen nach dem kanadischen Ufer eine Eisdecke gebildet. Es wird ein Eispalast gebaut, der sich schon seiner Vollendung nähert.

Auflösung des Betonungsrätsels in No. 7. Einzug, ein Zug.

Auflösung des Rätsels in No. 7. Schuppen.



**Anzeiger u**

Nr. 10.

Erscheint Montag, Mittwoch, Freitag. N. 1.25, monatlich 40

**St**

der A. Landgestütskommi beschälhen

In Gemäßheit der L findet die Patentierung d Hengste, welche von ihren Beschälbetrieb verwendet folgenden Orten statt: in Laupheim am Mont in Aulendorf am Dien in Geislingen am Mit

Diesigen Hengstbes zu erlangen wünschen, we oben genannten Orte zu de vorzuführen.

Für die Patentierung wald und Jagdkreis wi daß bis

**Wittwod**

Patentierungsanmeldungen Stuttgart, Dorotheenstrasse

Die Erteilung des Pa das Patent gelten soll, nich in keine erheblichen Gebred Körperbaus, seiner Knoche brauchbarer Pferde als gee Nachsuchende in den Orten, Beschälkollat mit einer den s fassung besitzt.

Der Patentbewerber h liches Zeugnis über das gemacht Vorausetzung, so patentiert war, die Patentur Zugleich wird darauf c Privatguchhengste bestimmme anerkannt werden können, we an den oben bezeichneten Kndwahl vorführen werden.

Stuttgart, den 12. Ja

**Andie G**

Nachdem die Giltigkeit erlasses vom 26. September S. 275) gefassten Beschlässe, der Arbeiterficherung besorg Stellvertreter abgelassen ist erforderlichen weiteren Besch zuzuführen und binnen 14 genehmigung hieher vorzulegen

Die Zeitdauer der ne durchweg auf vier Jahre fest Den 17. Januar 1899.

**Bekanntmach**

Mit Rücksicht auf die g mache in der Umgegend von Donnerstag den 26. Januar in Deckenpfronn verboten wo Den 16. Januar 1899.

